

PROGRAMM

für

**HERBORN**

2006 – 2011

### **ZIELSETZUNGEN LIBERALER POLITIK**

Wir leben in politisch bewegten Zeiten und die Herausforderungen, die Deutschland zur inneren Erneuerung braucht, sind groß. Wir Liberalen sind überzeugt, dass nur die Kraft der Freiheit diese Erneuerung bewältigen kann.

Wir müssen weg von kollektiven Systemen, die die Bürgerinnen und Bürger mehr behindern als fördern. Wir müssen hin zu individueller Verantwortung und bürgerlichem Engagement.

Wenn wir weniger Staat fordern, aus der Einsicht heraus, dass die großen staatlichen Systeme gescheitert sind und den nächsten Generationen keine Zukunft mehr bieten, entwickeln sich für jeden Einzelnen auch große Chancen aus dieser zunächst schwierigen Situation des Umbruchs und der Erneuerung: nämlich die Chance zu Selbstbestimmung und Freiheit.

Wir - die FDP – sind die einzige Partei, die der Individualität jedes Einzelnen die ihr zustehende Wertschätzung zukommen lässt und sie fördert.

Der Einzelne soll Verantwortung übernehmen und sich für Werte entscheiden, die die Demokratie festigen und leistet damit einen Beitrag dazu, dass das Staatswesen freiheitlich bleibt.

Die FDP traut dem einzelnen Bürger mehr zu, als der Staat jemals reglementieren kann.

Deshalb sehen wir als Liberale es als unsere Pflicht an, in unserem politischem Handeln immer Lösungen zu suchen, die

- so viel Staat wie nötig und so wenig Staat wie möglich zulassen
  - den Bürokratieabbau vorantreiben und damit einen schlanken, effizienten und handlungsfähigen Staat ermöglichen
- die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freiheit, ihrer Entwicklung und ihren Möglichkeiten nicht behindern sondern fördern.

Die nun folgenden Ziele der FDP für unsere Stadt in den Jahren 2006 – 2011 haben wir - basierend auf diesen wichtigen Aspekten liberaler Politik - erstellt.

### **DIE FINANZEN UNSERER STADT**

Strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft, nur geringes Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer hohen Regelungsdichte, haben dafür gesorgt, dass sowohl die Gewerbesteuer, die einen erheblichen Anteil an den Gesamteinnahmen der Stadt Herborn ausmacht, als auch die kommunalen Anteile an der Einkommensteuer in den zurückliegenden Jahren eingebrochen sind. Eine von der Bundesregierung in Verbindung mit Städten und Gemeinden zu verabschiedende Gemeindefinanzreform, die zu stabileren Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden führt, mahnt die FDP seit langem an.

Fehlende Steuereinnahmen in diesem Bereich sind nicht von der Stadt Herborn ursächlich zu verantworten. Für realistische Haushaltsansätze ist jedoch die Stadt selbst verantwortlich. Die FDP musste in der Vergangenheit die z.T. unrealistischen Ansatzhöhen im städtischen Haushalt rügen und realistische Haushaltsansätze

einfordern. Nachtragshaushalte, die allzu optimistische Ansätze korrigieren mussten, steigende Kassenkredite für die laufenden Verpflichtungen der Stadt und deren nicht vollständige Rückführung haben in den vergangenen Jahren zu steigender Neuverschuldung geführt.

Ungenügend ist, dass die Stadt Herborn nicht im Stande ist den Quellort (Stadtteil) das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Leistungsgruppen wie z.B. Handel, Dienstleistung oder verarbeitendes Gewerbe, sondern nur den Stadtteil der Gewerbesteuereinnahmen aufzeigt. So kann auch nur bedingt das Gewerbesteueraufkommen der Stadt durch gezielte stadtplanerische oder Ansiedlungsmaßnahmen beeinflusst werden. Dies will die neue FDP-Fraktion ändern.

Auf die schwache gesamtwirtschaftliche Verfassung der vergangenen Jahre sind die ebenso stark rückläufigen Anteile an der Einkommensteuer zurückzuführen. Auch hier hat die FDP in der Vergangenheit mit dem Hinweis auf die zu befürchtenden Einnahmeausfälle hingewiesen. Die neue FDP-Fraktion wird hier eher defensive Haushaltsansätze, die fundiert und durchdacht sind, fordern, damit die Handlungssicherheit der Stadt Herborn gewährleistet ist und nicht reagiert sondern agiert werden kann, damit Investitionen und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt eine solide Basis haben.

Auch auf der Ausgabenseite wird die FDP-Fraktion auf fundiertere Haushaltsansätze bestehen. Der Haushalt darf nicht auf dem Prinzip Hoffnung, sondern muss auf Fakten und solidem Zahlenmaterial basieren.

Die neue FDP-Fraktion wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass die gesamte Ausgabenseite des Haushalts der Stadt Herborn dahingehend geprüft wird, inwieweit Kosten eingespart werden können, u.a. indem Privatinitiativen und ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit einbezogen werden. Im Vordergrund muss das Subsidiaritätsprinzip stehen!

Sparen in den öffentlichen Haushalten ist für die FDP kein Selbstzweck! Sparen ist der Hinweis dafür, dass die FDP bereit ist, Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu übernehmen!

### **KOMMUNALE EIGENBETRIEBE**

Städte und Gemeinden haben verfassungsmäßige Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge zu erfüllen. Dazu gehören vielfältige, vom Gesetzgeber den Kommunen zugewiesene Aufgaben. Sozialaufgaben, Ver- und Entsorgungsleistungen für private Haushalte, Unternehmen oder auch gemeinschaftliche Einrichtungen. Der Betrieb von Schwimmbädern fällt nicht in die öffentliche Daseinsfürsorge. Der mit annähernd EUR 2,0 Mio. hochdefizitäre originäre Betrieb der drei Herborner Bäder darf nicht länger in der Bäderbetriebs GmbH, einem als kommunaler Eigenbetrieb ausgegliederten Haushalt, der somit der Parlamentskontrolle und der städtischen Haushaltsplanung entzogen ist. Die Konstruktion der Bäderbetriebs GmbH, mit einer Gewinnabführungsverpflichtung,

der profitablen Tochter Herborner Stadtwerke an die hochdefizitäre Mutter Bäderbetriebe, verdeckt die real absolut unzulängliche Wirtschaftlichkeit der Herborner Bäder. Tatsächlich sorgt die gewählte Konstruktion für Intransparenzen und lässt deshalb eine nur bedingt zutreffende Bewertung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit durch eine breitere Öffentlichkeit zu.

Darüber hinaus ist die FDP besorgt über die Tatsache, dass bis dato für den Gewinnabführungsvertrag noch keine Zustimmung seitens der Finanzbehörden vorliegt.

Die FDP sieht angesichts steigender Defizite im originären Bäderbetrieb und des damit verbundenen satzungsgemäßen „Versenkens“ eines erheblichen Anteils der Stadtwerkegewinne in den Bädern, die Zukunft der Stadtwerke geschwächt.

Die FDP will die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke gerade auch in Zeiten massiv steigender Energiekosten sichergestellt wissen. Gewinne der Stadtwerke sollen für Infrastrukturmaßnahmen und die zukünftige Versorgungssicherheit verwendet und zurückgelegt werden. Die unmittelbare Zweckbestimmung der Bezugs- und Leistungserlöse der Stadtwerke muss den Leistungsbeziehern und Zahlern wieder zu Gute kommen. Das heißt, die Gewinne der Stadtwerke könnten trotz immens gestiegener Energiekosten durch günstigere Energiebezugskosten an die Kunden der Stadtwerke zurückgeführt werden. Das setzt voraus, dass die Stadtwerke sich auf die Erfüllung ihres Kernauftrags konzentrieren, nämlich die Energieversorgung ihrer Kunden und der Co-Auftrag - die Subventionierung der Bäderbetriebe - von den Stadtwerken abgekoppelt wird. Dafür wird sich die FDP einsetzen, nicht zuletzt deshalb, weil hier in Herborn realistisch günstigere Energiebezugskosten für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden können und dadurch Herborn attraktiv wird auch für Gewerbeansiedlung.

Die FDP-Fraktion befürwortet weiterhin den Erhalt der Herborner Bäder. Dies kann auf Dauer nur gelingen, wenn der Bäderbetrieb einen höheren eigenen Erlösanteil zum Ergebnis beisteuert, günstigere Kostenstrukturen geschaffen werden und insgesamt eine Professionalisierung des Bäderbetriebs greift. Auf der anderen Seite sollte aber auch hier zumindest teilweise über ein bürgerliches Engagement z.B. in Form eines Fördervereins nachgedacht werden.

Die FDP-Fraktion wird eine intensive und vorbehaltfreie Befassung der Fachausschüsse mit der Bäderproblematik einfordern.

### **STADTMARKETING UND WEITERE ENTWICKLUNG UNSERER STADT**

Die FDP hat bereits vor einiger Zeit ein Konzept zur Struktur eines zukünftigen Stadtmarketings vorgelegt. Kern der FDP-Überlegungen ist ein Stadtmarketing, das nicht nur touristische Präferenzen hat, sondern Herborn als Spitzenstandort für verarbeitendes und Technologie-Gewerbe verstanden wissen möchte. Eine Kernstadtzentrierung des Stadtmarketings sieht die FDP als nicht zielführend. Gerade die Stadtteile mit guter und sich verbessernder Verkehrsanbindung versprechen Chancen für weitere Gewerbeansiedlung und damit die Schaffung

zusätzlicher qualifizierter sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Kaufkraftgewinn wäre die positive Folge!

Die FDP begrüßt die Idee der Bürgerbeteiligung in Arbeitsgruppen zur Erarbeitung eines gesamtheitlichen Stadtmarketingziels. Dennoch hat der bereits 1998 angestoßene Prozess der Bewusstwerdung dringend anstehender Veränderungen in unserer Stadt zu allzu langen öffentlichen Diskussionen über zu ergreifende Maßnahmen geführt.

Der spürbare Schwung und die erkennbare Bereitschaft zum Anpacken der Bürgerinnen und Bürger wurde nicht angenommen. Die FDP hat deshalb bereits in der Vergangenheit die Einstellung eines nachweislich qualifizierten Stadtmarketingmanagers gefordert, der sich frei von anderen Aufgabenstellungen ausschliesslich und vollständig - in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Sport und Kultur - der Aufgabe eines erfolgreichen Stadtmarketings widmet.

Eine Mitgliedschaft im Verein MitteHessen und die sich dadurch ergebenden zusätzlichen Möglichkeiten und Synergien für Herborn werden ausdrücklich von der FDP-Fraktion unterstützt.

So wünschenswert für die FDP die Mitwirkung einer breiten Bürgerschaft an der Ausformulierung eines gesamtheitlichen Herborner Stadtmarketings ist – eine weitere, länger andauernde Diskussionsphase sollte die Stadtmarketing GmbH jetzt dringend vermeiden.

Die FDP erwartet vom derzeit institutionalisierten Stadtmarketing kurzfristig sichtbare erste Erfolge.

### **INFRASTRUKTUR**

Die FDP wird sich in Herborn dafür verwenden, dass die Infrastruktur – insbesondere die Straßen - auf dem hohem Niveau gehalten werden. Eine Vernachlässigung der straßenbaulichen Pflege führt in der Folge zu erhöhten Instandsetzungskosten, Unzufriedenheit unter den mobilen Bürgern sowie zu Nachteilen bezüglich der Standortattraktivität. Es ist nicht zu vergessen, dass die Stadt Herborn auch ihren Besuchern verpflichtet ist, gute und saubere Verkehrsanbindungen und Verbindungen zur Verfügung zu stellen.

Ganz konkret fordert die FDP eine gute Anbindung des neu entstandenen Einkaufszentrums im Süden der Stadt an die Kernstadt. Dafür sollten kleine umweltfreundliche Shuttlebusse eingesetzt werden. Hier ist zu prüfen, ob diese Aufgabe ein privater Betreiber übernehmen kann.

Ebenfalls wird sich die FDP an allen notwendigen Stellen für eine Verbesserung der Verkehrswege, des Verkehrsflusses und aller angrenzenden Bereiche einsetzen.

### **GEMEINSCHAFTLICHE UND ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN**

Vielfältige öffentliche und gemeinschaftliche Einrichtungen wie z.B. Kindergärten, Bürgerhäuser und deren Umfeld werden von der Stadt Herborn und den Bediensteten des Bauhofs gepflegt und gewartet. Die FDP-Fraktion wird sich dafür

einsetzen, dass insbesondere saisonal die Übernahme von Pflegearbeiten, die ansonsten vom städtischen Bauhof erledigt werden, interessierten gemeinnützigen Vereinen gegen ein zu vereinbarendes Honorar angeboten und bei Interesse übertragen werden. Damit werden temporäre Überlastungen der Bauhofkapazitäten vermieden und die interessierten gemeinnützigen Vereine erfahren in dieser Form die Möglichkeiten zusätzlicher Förderung. Versicherungsrechtliche Fragen in diesem Zusammenhang sind lösbar.

### **SCHULEN UND KINDERGÄRTEN**

Die in Deutschland festzustellende niedrigere Geburtenrate macht auch vor Herborn nicht halt. Städte und Gemeinden haben diesen Umstand in ihren künftigen Planungen zu berücksichtigen. Auf Dauer nicht besetzte Kindergartenplätze verlangen neue Bedarfsplanungen und Kostenrechnungen.

Dieser Trend erreicht über kurz oder lang auch die Schulen. Für Herborner Grundschulen ergibt sich bei weiter sinkender Schülerzahl die Notwendigkeit zur Zusammenlegung oder gar Schließung. Ungenutzte, im Eigentum des Lahn-Dill-Kreises stehende Schulgebäude eröffnen Chancen zu vorschulischer Qualifizierung und Sprachförderung für Kinder im Jahr vor der Einschulung. Die FDP-Fraktion wird sich für vorschulische Angebote einsetzen, die unsere Kinder fit für eine erfolgreiche Schulzeit von Beginn an machen.

Die FDP Herborn wird auch auf kommunaler Ebene an ihrer Forderung festhalten, gleiche Chancen für alle zu schaffen. Hier muss es darum gehen, schon früh in den Kindergärten Schwächen in der deutschen Sprache zu beheben. Nur so kann Integration gefördert und Chancengleichheit hergestellt werden. Alle Potentiale der Jugend können so aufgedeckt und gefördert werden. Die Zukunft der Stadt und ihrer Wettbewerbsfähigkeit liegt auch und gerade in ihrer Jugend.

### **SENIOREN**

Annähernd 5500 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind über 60 Jahre alt. Und die Zahl wächst weiter. Bei allen zukünftigen Planungen ist deshalb die Verträglichkeit aller vorgesehenen Maßnahmen in besonderer Weise auf den Bedarf und die Notwendigkeiten älterer Menschen hin abzustimmen.

Ausschussvorsitzende sollen zu allen Beratungen ihrer Ausschüsse und im Vorfeld ihrer Empfehlungen an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Seniorenvertreter mit heran ziehen.

Was die Integration und das Miteinander von Alt und Jung anbetrifft, fordert die FDP auf, neue Wege zu denken und zu gehen. Bereits bestehende generationenübergreifende Projekte z.B. in Frankreich zeigen auf, wie wirkungsvoll Seniorenheime und Kindergärten zusammenarbeiten können. Sie zeigen als

Ergebnis, dass ältere Menschen in Heimen, sich nicht mehr ausgegrenzt fühlen und durch die Kinder Achtung und Zuwendung erfahren. Und für die Kinder ergibt sich schon sehr früh die Möglichkeit, ihre soziale Integrität zu entwickeln.

Darüber hinaus kann man mit solchen Projekten der die negativen Folgen demografischen Entwicklung (Schließung von Kindergärten) entgegenwirken, indem man die wirtschaftlich notwendigen Strukturen (z.B. Küche, Verwaltungen) von Seniorenheimen und Kindergärten zusammenlegt.

### **INTEGRATION**

Gerade in einer überschaubaren Kleinstadt wie Herborn ist das Zusammenleben der angestammten Bevölkerung mit den zahlreich zugezogenen neuen Mitbürgern weitgehend konfliktfrei. An dieser Konfliktfreiheit haben alle mitgewirkt und haben auch in dieser Form ein Beispiel des nationen- und kulturübergreifenden Zusammenwirkens in bester Weise geliefert. Dennoch hieße es die Augen verschließen vor auch in unserer Stadt und ihrer Nachbarschaft gelegentlich erkennbaren oder sich verstärkenden Tendenzen von Gewalt, Radikalisierung und Ausgrenzung. Die FDP-Fraktion wird sich für integrative und ggf. auch mediatorische Angebote, differenziert nach ethnisch-kultureller Herkunft, durch die Stadt Herborn einsetzen. Alle von Organisationen und Vereinen erbrachten Integrationsleistungen sind bestmöglichst zu fördern. Darüber hinaus wird sich die FDP-Fraktion dafür verwenden, dass Integration in Herborn nicht nur gefördert sondern auch gefordert wird, denn es muss sich auch um eine „Bringleistung“ der betroffenen Menschen handeln. Die FDP fordert eine Prüfung, ggf. über den Ausländerbeirat, inwieweit ein privates und ehrenamtliches Engagement von deutschen und ausländischen Mitbürgern sowie ethnisch-kulturellen Organisationen und Vereinen zur Integration, wie z.B. Durchführung von Sprachkursen für Vorschulkinder, möglich ist.

Zugleich fordert die FDP alle Herborner Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Staatsangehörigkeit, dazu auf, bewusst und persönlich auch weiterhin ihre Beiträge zum friedlichen Zusammenleben in unserer Stadt zu liefern.

### **SCHLUSSWORT**

Da die politische Einflussnahme der FDP im Gegensatz zu anderen Wählergruppen NICHT auf Kreisebene endet, werden wir uns auch weiterhin über unseren Kreis- und Landesverband für die Durchsetzung liberaler Bundespolitik auf den verschiedensten Gebieten einsetzen. Dies erachten wir angesichts der aktuellen Lage in unserem Land für mehr als notwendig. Nicht nur die Bürger unserer Stadt – alle Bundesbürgerinnen und –bürger haben bessere und intelligentere politische Lösungen verdient als jene, die uns die große Koalition gerade zumutet.

Konkret hier in Herborn heisst das für uns Liberale, den Bürgerinnen und Bürgern eine transparente und ehrliche Politik anzubieten. Wer die FDP wählt, weiß schon vorher, was er nachher bekommt. Wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, Herborn unter unbedingter Einbeziehung aller Stadtteile attraktiv und handlungsfähig für die Anforderungen der Zukunft zu gestalten.

Herborn, im November 2005

**FDP Ortsverband Herborn**

Fritz-Jung-Str. 8  
35745 Herborn

Tel.: 02772-2503

Fax: 02772-923474

E-Mail: [info@fdp-herborn.de](mailto:info@fdp-herborn.de)

[www.fdp-herborn.de](http://www.fdp-herborn.de)